

Newsletter

Nr. 17/2024

Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

diese Sitzungswoche stand ganz im Zeichen des Haushalts für 2024, der am Freitag nach langem Ringen im Deutschen Bundestag verabschiedet wurde. In der Generaldebatte kritisierte Friedrich Merz die Ampel-Politik scharf und rief die Regierung dazu auf, dass Deutschland angesichts einer Vielzahl von Krisen und Kriegen auf der Welt wieder mehr Führungsverantwortung in Europa übernehmen müsse.

Doch zu der nötigen Position der Stärke und Verantwortung kann Deutschland nur zurückkehren, wenn es seine Schwäche überwindet. In aktuellen Wachstumsprognosen ist Deutschland das Schlusslicht. Das haben uns auch Unternehmerinnen und Unternehmer berichtet, die wir zum Wirtschaftsgipfel in den Bundestag eingeladen hatten. Lohnkosten, Steuerlast und Bürokratie belasten unsere Wirtschaft zunehmend. Die Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer wird nicht belohnt, weil der Abstand zwischen Lohn und Sozialleistung zu gering ist. Die illegale Migration wird nur halbherzig bekämpft. Die Energieversorgung ist zu einseitig auf Wind und Sonne ausgerichtet. Und der Umstieg auf eine klimaneutrale Volkswirtschaft wird aus Steuergeldern bezahlt, statt über Marktmechanismen finanziert.

Gleichzeitig wurde bei den vielen wertvollen Impulsen der Unternehmerinnen und Unternehmer deutlich, dass Innovation und Fortschritt nach wie vor hochgehalten werden. Lösungsansätze, um wichtige Zukunftsthemen anzugehen, gibt es zur Genüge.

Viel Freude beim Lesen!

Julia
Klein-Waschen

Haushalt 2024: Belastungs- statt Sparpaket

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts und dem langen Ringen der Ampel-Regierung um eine Einigung stand diese Woche der Haushalt für 2024 auf dem Plan. Mit einem Volumen von insgesamt 477 Milliarden Euro liegt der Wert noch einmal 20 Milliarden Euro über dem Vorjahresniveau, bei einer Neuverschuldung von 39 Milliarden Euro. Damit schöpft die Koalition die maximal zulässige Neuverschuldung nach der Schuldenbremse von rund 22 Milliarden Euro vollständig aus und erweitert den Spielraum durch angebliche finanzielle Transaktionen, etwa für die Aktienrente mit 12 Milliarden Euro, noch weiter.



Bildquelle: Christiane Lang

Auch das vermeintliche „Sparpaket“ in Höhe von 17 Milliarden Euro ist in Wahrheit ein enormes „Belastungspaket“ mit Steuer- und Abgabenerhöhungen für Bürger und Wirtschaft. Echte Einsparungen im Bundeshaushalt sucht man vergeblich. Die Ministerien leisten gerade einmal einen Sparbeitrag von 1,4 Milliarden Euro. Ansonsten agiert die Bundesregierung mit Verschiebebahnhöfen, Hoffnungswerten und Einnahmeverbesserungen durch höhere Belastungen.

Das Handeln der Ampel weist außerdem eine soziale Schieflage auf. Während rund 2,5 Milliarden Euro für die 12-prozentige Erhöhung des Bürgergeldes zur Verfügung gestellt werden, wird den Bauern die Agrardieselmrückvergütung gestrichen. Doch nicht genug: Insgesamt ist zu befürchten, dass die Vielzahl der Steuer- und Abgabenerhöhungen Bürger und Unternehmen überfordert.

Es geht um einen deutlich zweistelligen Milliardenbetrag durch die Ampel-Maßnahmen:

- Erhöhung der Lkw-Maut,
- höherer CO2-Preis,
- Abschaffung der Agrardieselmrückvergütung,
- Erhöhung der Luftverkehrsabgabe,
- Einführung einer Plastikabgabe,
- Rücknahme der ermäßigten Mehrwertsteuer bei Gastronomie und Gas.

Diese Haushaltspolitik der Ampel wird den Herausforderungen Deutschlands nicht gerecht. Es fehlt eine aktive, zukunftsgerichtete haushaltspolitische Strategie. In dieser Koalition geht es immer nur darum den Burgfrieden sicherzustellen, indem jeder etwas bekommt. Es müssten aber große Ausgabenblöcke wie beispielsweise das Bürgergeld in den Blick genommen und dadurch reduziert werden, dass größere Anreize für eine Arbeitsaufnahme gesetzt werden. Stattdessen werden Konsolidierungsbedarfe durch die Erhöhung von Steuern und Abgaben vermeintlich gelöst und damit die breite Bevölkerung zusätzlich belastet.

Gespräche zum Netzausbau in Creglingen



Bildquelle: Büro Warken

Stabile, sichere und nachhaltige Energienetze sind gerade mit Blick auf Klimaziele, Wirtschaftsstandort und Sicherheitslage essenziell. Aufgrund stetig wachsender Anforderungen gilt es, die Netze fit für die Zukunft zu machen. Nur so kann Strom aus erneuerbaren Energien tatsächlich in jede Steckdose in Deutschland gelangen.

Darum ging es auch vergangene Woche bei einem Treffen in Creglingen. Für das ambitionierte Projekt von insgesamt über 220 ha großen Photovoltaikanlagen müssen die passenden Stromtrassen errichtet werden. In konstruktiven Gesprächen mit Stadt, Landkreis, Betreibern und Investoren haben wir gemeinsam darüber diskutiert, wie der dafür dringend notwendige Netzausbau vorangebracht werden kann. Besonders habe ich mich gefreut, dass mit Dr. Christoph Müller, Vorsitzender der Geschäftsführung der Netze BW, ein Vertreter des größten Verteilnetzbetreibers in Baden-Württemberg meiner Einladung nach Creglingen gefolgt ist.

PPPlerin Lina Schubert reist als Junior-Botschafterin in die USA



Bildquelle: Lina Schubert

Für das Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP) habe ich die 16-jährige Lina Schubert aus Tauberbischofsheim ausgewählt. Seit 1983 haben jedes Jahr 360 Schülerinnen und Schüler sowie junge Berufstätige die Möglichkeit, über das Vollstipendium des Deutschen Bundestags den „American Way of Life“ selbst kennenzulernen.

Ich bin mir sicher, dass wir mit Lina eine hochmotivierte, engagierte und politisch interessierte Botschafterin gefunden haben, die unser Land und unsere Region hervorragend in den Vereinigten Staaten repräsentieren wird. Die Schülerin aus Tauberbischofsheim hat sich in einem langwierigen Auswahlprozess unter mehreren Mitbewerbern durchgesetzt und überzeugte dabei insbesondere durch ihre offene und positive Art.

Im August wird die 16-Jährige in die USA reisen, eine High School besuchen, in einer Gastfamilie leben und die kulturelle Vielfalt kennenlernen. Vor Ort wird sie die Werte ihrer Heimat vermitteln und einen wichtigen Beitrag zur besseren Verständigung zwischen jungen Amerikanern und Deutschen leisten. Parallel werden auch aus den USA im Rahmen des PPP-Programms insgesamt 350 junge Amerikaner für ca. elf Monate nach Deutschland kommen.

Informationen gibt der Deutsche Bundestag unter: www.bundestag.de/ppp.

Starke Frauen, starke Kommunen: Bist Du dabei?



Bildquelle: Büro Warken

Während die Vorbereitungen für die Kommunalwahlen am 9. Juni bereits auf Hochtouren laufen, ist es mir eine besondere Herzensangelegenheit, Frauen für die Arbeit in den kommunalen Parlamenten zu begeistern.

Beim Treffen der Frauen Union Neckar-Odenwald in Osterburken habe ich gemeinsam mit Margaret Horb aus meinem eigenen Erfahrungsschatz berichtet. Wie ist es eigentlich, als Frau für ein kommunales Amt zu kandidieren? Was sind vielleicht auch mögliche Hürden? Aber warum lohnt sich das Engagement am Ende doch?

Ich habe mich sehr über den guten Austausch gefreut und hoffe, dass wir so einige Frauen für die Kommunalpolitik begeistern konnten.

Folgen Sie mir auch auf...

Klausurtagung im Kloster Schöntal



Bildquelle: Marcel Ditrich

Vergangenes Wochenende haben wir uns zur traditionellen Funktions- und Mandatsträgerkonferenz der CDU Baden-Württemberg im Kloster Schöntal zusammengefunden. In zahlreichen Gesprächen und Workshops haben wir die Leitlinien unsere Politik weiter mit Leben gefüllt.

Als die große Volkspartei der Mitte wollen wir dem Frust und der Enttäuschung in unserer Gesellschaft etwas entgegensetzen: eine Agenda der Zuversicht. Eine Politik, die Lösungen anbietet, die nicht nur aus Überschriften besteht, sondern im Leben der Menschen tatsächlich funktioniert. Denn Baden-Württemberg ist das Land der Macher. Ein Land, das die Ärmel hochkremplelt und anpackt. Dafür steht die CDU – anpacken mit Mut, Tempo und Taten.

Gipfel der CDU/CSU-Fraktion – Wirtschaftswende für Deutschland



Bildquelle: Büro Warken

Deutschland ist eine Wirtschaftsation, das Land des Mittelstands und der Hidden Champions. „Made in Germany“ ist ein global geschätztes Qualitätssiegel. Mit der Sozialen Marktwirtschaft haben wir das erfolgreichste Wirtschaftsmodell des vergangenen Jahrhunderts entwickelt und das politische Versprechen eingelöst, dass Wohlstand für alle möglich ist. Doch zur Wahrheit zählt auch: Deutschlands Wohlstand ist bedroht. In aktuellen Wachstumsprognosen ist Deutschland das Schlusslicht. Die industrielle Basis unserer Volkswirtschaft schrumpft. Die Arbeitslosigkeit steigt. Die Zuversicht der Bürgerinnen und Bürger in ihre wirtschaftliche Zukunft ist auf einem Tiefpunkt. Damit können und wollen wir uns nicht abfinden. Deutschland kann die Wirtschaftswende schaffen.

Wie Wachstum geschaffen und Wohlstand gesichert werden kann, haben wir deshalb mit Unternehmerinnen und Unternehmern aus ganz Deutschland im Deutschen Bundestag diskutiert. Auch das Ehepaar Zimmermann (AZO Osterburken) ist meiner Einladung gefolgt. Im Rahmen des Gipfels zur Wirtschaftswende hatten sie die Gelegenheit, am „offenen Mikrofon“ von der Situation ihres Unternehmens zu berichten.

Medikamentenmangel wirksam bekämpfen



Bildquelle: Shutterstock

Seit weit über einem Jahr erlebt Deutschland eine akute Medikamentenknappheit. Fiebersäfte, Schmerzmittel, Cholesterinsenker, Insulin, Antibiotika und Krebsmedikamente sind vielerorts Mangelware. Diese Versorgungsunsicherheit belastet Patienten, Apotheker und Ärzte. Besonders trifft es chronisch und schwer kranke Menschen, die auf ihre gewohnten Arzneimittel verzichten müssen, sowie Familien mit kleinen Kindern.

Dieser Situation muss endlich mit wirksamen Maßnahmen begegnet werden. Doch die Bundesregierung tut zu wenig, um den Medikamentenmangel in Deutschland effektiv zu bekämpfen. Stattdessen wurde durch das „GKV-Finanzstabilisierungsgesetz“ die allgemeine Versorgungslage sogar noch verschärft, indem die Ampel die Vergütungsregelungen für Apotheken durch zusätzliche Abschlagszahlungen verschlechterte. Damit

beschleunigt die Bundesregierung das Apothekensterben und gefährdet die Versorgung insbesondere im ländlichen Raum. Durch die weitere Verschärfung der Finanzierungsregelungen für pharmazeutische Unternehmen, etwa bei der Preisbildung von Arzneimitteln, wird zudem der Pharma-Standort Deutschland unattraktiver. Auch das im Sommer 2023 von der Ampel beschlossene „Arzneimittel-Lieferengpassbekämpfungs- und Versorgungsverbesserungsgesetz“ löste die bestehenden Probleme und Lieferengpässe mangels Sofortmaßnahmen nicht. Auch den bereits vor einem Jahr von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion geforderten Pharmagipfel organisierte die Ampel-Koalition erst mit elf Monaten Verzug.

Im vergangenen Jahr hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit zwei Anträgen konkrete Lösungsvorschläge unterbreitet. Sie sind in der jetzigen Situation aktueller denn je. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, unverzüglich den Pharmadialog wieder aufzunehmen und den Apotheken mehr Spielräume in Mangelsituationen zu ermöglichen. Ein EU-weites Frühwarnsystem bei Lieferengpässen soll künftige Versorgungsunsicherheiten frühzeitig erkennen. Darüber hinaus braucht es ein Belastungsmoratorium für Apotheken, um sie von überbordender Bürokratie zu schützen.

Fotogalerie



Bildquelle: Büro Warken

Besuchergruppe des Bonhoeffer-Gymnasiums Wertheim



Bildquelle: Büro Warken



Bildquelle: Büro Warken

Beim ersten „Bericht aus Berlin“



Bildquelle: Tobias Koch

**Gipfel der CDU/CSU-Fraktion:
Wirtschaftswende für Deutschland**



Bildquelle: Büro Warken

**Gedenken an die Opfer
des Nationalsozialismus**



Bildquelle: Büro Warken

Abstimmung zum Haushalt 2024

BERICHT
AUS **BERLIN**



Einladung
via Webex

 **Di. 20.02.2024**

 **18:00 Uhr**

**JETZ
VORMERKEN!**

 **NINA
WARKEN**

Neues Format: „Bericht aus Berlin“

In Sitzungswochen möchte ich Euch künftig hautnah und direkt Einblicke in aktuelle Themen und Debatten aus dem Deutschen Bundestag liefern. Ich möchte Euch dabei von meiner Arbeit in Berlin berichten und von Euch wissen, was Euch bewegt!

Bitte wählen Sie sich unter folgendem Link zur Veranstaltung ein:

Meeting-Link: <https://deutscherbundestag-ylh.my.webex.com/deutscherbundestag-ylh.my/j.php?MTID=m3d382622bb8479808ca3f67f65bd68da>

Meeting-Passwort: BerichtAusBerlin

Außerdem ist auch eine Teilnahme per Telefon möglich:

Einwahlnummer: +44-20-7660-8149

Zugriffscodes: 2373 302 3277

Telefon: 030 227-78102, E-Mail: nina.warken@bundestag.de, Internet: nina-warken.de

IMPRESSUM

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Nina Warken MdB (CDU).
Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Herausgeber: Nina Warken MdB (verantw.), Platz der Republik 1, 11011 Berlin.
Erstellung & Layout: Elke Nuss, Texte: Nina Warken/Team Warken.
Bildnachweis/Copyright: Tobias Koch (Titel S. 1)